



Sitzungsvorlage

Nr.:	5/2006
ausgefertigt am:	18.01.2006
Fachamt:	Amt Kreisentwicklung
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Ausschuss für Regionalplanung, Wirtschaft und Tourismus– Kreisausschuss

Verwendung der in den Jahren 2005 und 2006 nach § 7 Abs. 5 Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz (NNVG) bereitgestellten Mittel

Der Landkreis Cuxhaven erhält nach § 7 Abs. 5 NNVG pauschal Regionalisierungsmittel, die nach § 7 Abs. 7 NNVG zweckgebunden wie folgt zu verwenden sind:

- Investitionen in die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, einschließlich des Neu- und Ausbaus von Bushaltestellen
- Förderung der Zusammenarbeit der Aufgabenträger
- Förderung von Tarif- und Verkehrsgemeinschaften sowie Verkehrsverbünden, einschließlich des Ausgleichs verbundbedingter Mehrkosten
- Abdeckung von Betriebskostendefiziten im öffentlichen Personennahverkehr, soweit der Aufgabenträger ergänzende Betriebsleistungen vertraglich vereinbart oder auferlegt hat
- Förderung der Vermarktung und zur Verbesserung der Fahrgastinformation
- Durchführung von Verkehrserhebungen

Die entsprechende Mittelzuweisung für das Jahr 2005 ist mit Schreiben vom 24.01.2005 durch die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) erfolgt. Danach hat der Landkreis Cuxhaven für das Jahr 2005 838.745,22 € erhalten. Für das Jahr 2006 liegt noch keine Mittelzuweisung vor, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Zuweisung in gleicher Höhe erfolgt. Gleiches gilt für das Jahr 2007. Offen ist allerdings, ob und in welcher Höhe ab 2008 Mittel fließen. Im Jahr 2007 erfolgt die Revision des Regionalisierungsgesetzes auf dessen Grundlage die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dieses wird erhebliche Auswirkungen auf den Mittelfluss haben und lässt erhebliche Einbußen vermuten.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 06.04.2005 (Sitzungsvorlage 60/2005) die Verwendung der Mittel für das Jahr 2005 beschlossen. Nach Abschluss aller Maßnahmen des Jahres 2005 kann ein Rest von 62.347,21 € - siehe Anlage - auf das Jahr 2006 übertragen werden, so dass im Jahr 2006 (838.745,22 + 62.347,21 €) insgesamt 901.092,43 € zur Verfügung stehen.

Es hat sich gezeigt, dass die Maßnahmen entsprechend der Planung für 2005 realisiert werden konnten und die Mittel in der berechneten Höhe benötigt worden sind, bzw. noch werden. Für 2006 sollte daher ein Maßnahmenkatalog analog zu dem für das Jahr 2005 beschlossen werden. Von der Aufstellung von Richtlinien mit längerfristiger Wirkung sollte abgesehen werden, da die Mittel, wie bereits erläutert, nur noch für maximal 2006 in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen.

Folgende Maßnahmen kommen hierbei u. a. in Betracht:

1. Haltestellenförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG).
2. Anteilige Erstattung der ZVBN-Finanzierungsbeiträge der fünf im ZVBN assoziierten Gebietskörperschaften.

3. Bereitstellung eines Anteils für die Stadt Cuxhaven, berechnet nach dem Schlüssel 2/3 nach Einwohnern und 1/3 nach Fläche.

Zu Punkt 1:

Der Landkreis Cuxhaven fördert seit 1999 sämtliche Maßnahmen der Gemeinden, Samtgemeinden und Städte, für die nach dem GVFG zur Verbesserung des ÖPNV Finanzierungshilfen seitens des Landes gewährt worden sind, mit 12,5 v. H. der förderfähigen Gesamtinvestitionskosten.

Gemäß § 7 Abs. 7 Nr. 1 sieht das NNVG ausdrücklich vor, dass die Mittel, die der Landkreis Cuxhaven erhält, u. a. für Investitionen in die Verbesserung und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs, einschließlich des Neu- und Ausbaus von Bushaltestellen verwendet werden können. Es ist daher nahe liegend, auch im Rahmen der Gleichbehandlung aller antragstellenden Kommunen, die GVFG-Anträge für das Jahr 2007 ebenfalls mit 12,5 % der zuwendungsfähigen Gesamtinvestitionskosten zu fördern.

Außerdem könnte erwogen werden, für gemeindliche Maßnahmen auf landkreiseigenen Grundstücken den Landkreis-Anteil aufzustocken, so dass der Eigenanteil der Gemeinden noch einmal halbiert wird (Anteil Landkreis 18,75 %, Anteil Gemeinde 6,25 %).

Die Samtgemeinde Beverstedt hat mit Schreiben vom 28.09.2005, bzw. am 20.12.2005, den Landkreis Cuxhaven gebeten, den Buswendeplatz des Schulzentrums in Beverstedt auszubauen, da die Samtgemeinde den Ausbau der Schulstraße (ein entsprechender Förderantrag aus GVFG-Straßenbaumitteln ist mit 60 % Förderung bewilligt worden) plane und zusammen mit dem Ausbau des Busbahnhofs, der erhebliche Mängel aufweise, ein gelungenes Gesamtkonzept entstünde. Außerdem möge der Landkreis Cuxhaven 50% der Planungskosten tragen. Die Maßnahme wird mit 464.000,00 € zuzüglich 69.600,00 € Planungskosten beziffert. Der Mittelabfluss des Jahres 2005 (Anlage) zeigt, dass Projekte dieser Größenordnung schnell das Budget sprengen können. Die Übernahme der Planungskosten ist abzulehnen, da bereits ein intakter, funktionaler Busbahnhof besteht, für den im Falle der Sanierung keine Planungskosten anfallen werden. Eine Aufstockung des Landkreis-Anteils scheint aber vertretbar und würde auch für andere Maßnahmen auf landkreiseigenen Grundstücken gelten, weil durch das Vorhaben eine Wertsteigerung beim Landkreis Cuxhaven als Eigentümer eintreten würde.

Weiterhin sollten ebenfalls die Maßnahmen der Gemeinden an Bahnhöfen wie die Erweiterung der P + R- und B + R-Anlagen, für die Förderanträge nach dem GVFG gestellt werden, gefördert werden. Diese dem Schienenpersonennahverkehr (SPVN) zuzuordnende Maßnahmen, sollten ebenso wie sämtliche GVFG-Maßnahmen mit 12,5 % der förderfähigen Investitionskosten gefördert werden, da ÖPNV und SPNV untrennbar miteinander verbunden sind und der SPNV im Landkreis Cuxhaven ein wesentliches Element des ÖPNV darstellt. Der Nahverkehrsplan des Landkreises Cuxhaven definiert dieses auch ausdrücklich als Ziel (vgl. Seite 413, 423 und ff. sowie Seite 434 Nahverkehrsplan). Für die Samtgemeinde Beverstedt und die Gemeinde Loxstedt (Sitzungsvorlage 171/2005) hat der Kreisausschuss im Jahr 2005 auch bereits entsprechende Zuschüsse bewilligt. Die Finanzierung dieser Maßnahmen aus den Mitteln nach dem NNVG ist zudem zulässig und unproblematisch.

Zu Punkt 2:

Die Samtgemeinden Beverstedt und Hagen, die Stadt Langen sowie die Gemeinden Loxstedt und Schiffdorf sind assoziierte Gebietskörperschaften im ZVBN und haben jährlich, damit in ihren Gebieten der VBN-Tarif Anwendung findet, einen entsprechenden Finanzierungsbeitrag zum ZVBN zu leisten. Auf die assoziierten Körperschaften entfallen im Jahr 2006 folgende Beträge:

Samtgemeinde Beverstedt	53.735,63 €
Samtgemeinde Hagen	15.832,85 €
Stadt Langen	30.920,20 €
Gemeinde Loxstedt	46.053,96 €
Gemeinde Schiffdorf	24.475,09 €
Gesamtsumme	171.017,73 €

Nach § 7 Abs. 7 Nr. 3 sieht das NNVG auch in diesem Fall ausdrücklich vor, dass die Mittel, die der Landkreis Cuxhaven erhält, u. a. zur Förderung von Tarif- und Verkehrsgemeinschaften sowie Verkehrsverbünden, einschließlich des Ausgleichs verbundbedingter Mehrkosten zu verwenden sind. Die Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten hat dem Landrat mit Schreiben vom 13.10.2005 den Vorschlag unterbreitet, dass der Landkreis Cuxhaven künftig die ZVBN-Finanzierungsbeiträge der assoziierten Gebietskörperschaften zu 100 % übernimmt.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass derzeit Verhandlungen mit der LNVG und dem HVV bezüglich der Schaffung von Übergangstarifen zum HVV auf der Kursbuchstrecke 121, Cuxhaven-Hamburg, für die Bereiche Hechthausen, Hemmoor, Wingst, Cadenberge, Otterndorf und Cuxhaven laufen und ggf. auch für diesen Bereich noch in diesem Jahr Ausgleichszahlungen zu tätigen sind. Bislang gibt es zwei Berechnungsmodelle, die noch nicht abschließend diskutiert sind. Voraussichtlich ist davon auszugehen, dass Einnahmeverluste von 100.000,00 € bis 200.000,00 € jährlich, die es zu kompensieren gilt, anfallen.

Zu Punkt 3:

Der Stadt Cuxhaven ist im Jahr 1998 nach § 4 Abs. 3 NNVG auf Antrag die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV übertragen worden. Obwohl die Stadt Cuxhaven für das Stadtgebiet eigener Aufgabenträger ÖPNV ist, sieht das NNVG keine Finanzhilfen für die Stadt Cuxhaven vor, da sie nicht originärer ÖPNV-Aufgabenträger nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 NNVG ist. Um der Stadt jedoch die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu erleichtern, sollte für die Stadt der Anteil, der ihr aufgrund des Schlüssels Einwohner/Fläche nach dem NNVG zustehen würde, reserviert werden. Die Stadt Cuxhaven hat so die Möglichkeit, die Mittel, sofern eine Maßnahme, bzw. ein Projekt, dass dem Zweck des § 7 Abs. 8 NNVG entspricht, geplant ist, beim Landkreis Cuxhaven abzurufen.

Der Landkreis Cuxhaven erhält für das Jahr 2006 insgesamt = 838.745,22 €. Unter Anwendung des entsprechenden Verteilungsschlüssels Einwohner/Fläche beträgt der Anteil der Stadt Cuxhaven an den Regionalisierungsmitteln = 164.769,63 €.

Im übrigen können die im Jahr 2006 bereitgestellten Mittel nach dem NNVG wie im vergangenen Jahr auch für die folgenden Maßnahmen, die der Landkreis Cuxhaven seit längerem durchführt und fördert, eingesetzt werden, so dass die Mittel des Jahres 2006 wie folgt verwendet werden und verbraucht sind:

Maßnahme	Gesamtvolu- men	durch den Landkreis Cuxhaven bereitgestell- te Mittel	verfügbar
Zuwendungsbetrag Kalenderjahr 2006			838.745,22 €
zuzüglich Rest 2005			<u>62.347,21 €</u>
Gesamtsumme			<u>901.092,43 €</u>
GFVG-Förderung 2007 - geschätzt (siehe oben)	800.000,00 €	100.000,00 €	801.092,43 €
ZVBN-Finanzierungsbeiträge 2006 (siehe oben)	171.017,73 €	85.508,87€	715.583,56 €
Anteil Stadt Cuxhaven 2005 (siehe oben)		164.769,63 €	550.813,93 €
AST-Förderung 2005 (Samtgemeinde Am Dobrock, Stadt Langen – Sitzungsvorlage Nr. 4/2006)		25.000,00 €	525.813,93 €
AST-Förderung 2006 (Samtgemeinde Am Dobrock, Stadt Langen, Gemeinde Loxstedt sowie ggf. weitere)		50.000,00 €	475.581,93 €
Kreisfahrplan 2007	18.000,00 €	10.000,00 €	465.813,93 €
Anteilsfinanzierung VNO 2006	451.240,00 €	85.239,24 €	380.574,69 €
ggf. Übergangstarif HVV (geschätzt)	200.000,00 €	100.000,00 €	280.574,69 €

Sonstiges (unvorhergesehene Maßnahmen und ggf. durchzuführende Projekte wie Marketing, Erstellung eines Haltestellenkatasters, Errichtung von Infovittrinen, Erstellung eines Katasters zur Überprüfung der Niederflurtauglichkeit der Fahrwege, etc.)	280.574,69 €	280.574,69 €	0,00 €
---	--------------	--------------	--------

Die verbleibenden 280.574,69 € können für unvorhergesehene Maßnahmen eingesetzt werden, bzw. auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Die Mittel aus 2006 müssen erst bis zum 31.12.2008 zweckentsprechend verwendet werden. Vor diesem Hintergrund ist es sogar sinnvoll, einen Rest in das Jahr 2007, bzw. 2008, zu übertragen, da, wie oben bereits erläutert, künftig weniger Regionalisierungsmittel zur Verfügung stehen werden und durch einen Mittelrest gewährleistet wird, dass auch mittelfristig die bisher geförderten Maßnahmen in gleichem Umfang gefördert werden können.

Die Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten hat weiterhin vorgeschlagen, an statt der bisher entsprechend der Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs – ÖPNV – im Landkreis Cuxhaven vom 15.04.2004 gewährten Förderungen, sämtliche im Rahmen des Betriebs der AST-Systeme anfallenden Kosten aus den Regionalisierungsmitteln zu decken. Bislang werden nach den Richtlinien die anfallenden Kosten für die Grobplanung bereits zu 100 % vom Landkreis Cuxhaven getragen. Die Kosten für die Detailplanung und die anfallenden Sachkosten im Rahmen der Einführung der Verkehre werden mit 50 % bezuschusst, bzw. maximal 5.112,92 € (ehemals 10.000,00 DM). Von den Betriebskosten werden ebenfalls 50 v. H. übernommen, jedoch maximal 15.000,00 € p. a.. Grundsätzlich müssen die zu fördernden AST-System mit den Bestimmungen und Festlegungen des Nahverkehrsplans für den Zeitraum 2003 bis 2007 im Einklang stehen. Betriebskostenzuschüsse werden daher nur für AST-Systeme in den Ortschaften, in denen das Bedienungsangebot in der Bedienungsqualität I, was einer im ländlichen Raum angemessenen Grundversorgung entspricht (Seiten 328 ff Nahverkehrsplan), nicht dem im Nahverkehrsplan (vgl. Seiten 415 ff des Nahverkehrsplans) definierten Standard entspricht, gewährt. Diese Regelungen sollten auch künftig, um den Zielsetzungen des Nahverkehrsplans gerecht zu werden, eingehalten werden. Es wird vorgeschlagen, die Deckelungsbeträge von 5.112,92 € - Ziffer 3.1.2 der Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs – ÖPNV – im Landkreis Cuxhaven vom 15.04.2004 - und 15.000,00 € - Ziffer 3.1.3 der Richtlinien - aufzuheben, die seinerzeit festgelegt worden sind, als keine ausreichenden Mittel zur Verfügung standen. Diese Begrenzung ist zur Zeit nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der geplanten Verwendung der im Jahr 2006 nach § 7 Abs. 5 Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz (NNVG) bereitgestellten Mittel wird vorbehaltlich des entsprechenden Mitteleingangs für das Jahr 2006 zugestimmt.

Die in den Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs – ÖPNV – im Landkreis Cuxhaven vom 15.04.2004 in Ziffer 3.1.2 und Ziffer 3.1.3 festgelegten Maximalbeträge werden außer Kraft gesetzt.